

gewürdigt hat (*Two Faces of Liberalism : Kant, Paine, and the Question of Intervention*, in: International Studies Quarterly 52 (2008) 449-468).

### 7.1.2 The Federalist Papers

Hinter dem fiktiven Autor Publius verbergen sich Alexander Hamilton (1757-1804, später der erste Secretary of the Treasury 1789-1795, Sprecher für Wirtschaftsinteressen, Führer der probritischen Federalist Party, Organisator der amerikanischen Armee), James Madison (1751-1836, Hauptautor der amerikanischen Verfassung und der Bill of Rights, später Führer der demokratischeren Republican Party und vierter Präsident 1809-1817), John Jay (1745-1829, später der erste Chief Justice 1789-1795, der Unterhändler des Vertrags mit Großbritannien 1794 und einer der Führer der Federalist Party und übrigens der Vater von William Jay, einem der Begründer des juridischen Internationalismus des 19. Jahrhunderts). Die Aufgabe des *Federalist* war zu begründen, warum von einem losen Staatenbund zu einem straffen Bundesstaat fortgeschritten werden mußte und warum das keine Gefahr für die Freiheit sei. Die Literatur hat sich vor allem mit der Balance zwischen den Verfassungsorganen als dem originellsten Beitrag zur Politischen Theorie beschäftigt. Eines der bevorzugten Themen, gerade der frühen Essays, war jedoch der Krieg: Die Autoren befürchteten nicht nur Kriege mit europäischen Staaten, sie erwarteten auch, daß die 13 Republiken in Kriege mit einander geraten könnten. Die Antifederalists hielten dieses Argument für besonders lachhaft und können deshalb zu den Begründern der Theorie des Demokratischen Friedens gezählt werden. Die Schöpfer der neuen Verfassung waren aber sicher keine Anhänger dieser Theorie. Annahme einer menschlichen Neigung zur Machterweiterung, Mißtrauen, daß republikanische Institutionen automatisch im Sinne der Wähler wirken, Sicherheitsbedürfnisse im anarchischen Staatsystem halten sie davon ab.

### Texte

**The Federalist : a Collection of Essays, Written in Favour of the New Constitution (1787/88)**

**annotierte Edition von J. R. Pole. – Indianapolis, IN : Hackett, 2005**

**Deutsche Übersetzung: Die Federalist Papers / übersetzt von Barbara Zehnpfennig. – Darmstadt : Wissenschaftliche Buchges., 1993 (Bibliothek klassischer Texte)**

Nr. 3-5 (Jay), 7-8 (Hamilton) Der Zusammenschluß zu einer Union ist nötig zur Verteidigung und Abschreckung; ein System unverbundener Staaten würde zu europäischen Verhältnissen führen, in denen Rivalität zum Krieg führt.

Nr. 17-23 (Hamilton/Madison) In den historischen Föderationen vom antiken Griechenland über das deutsche Reich bis zu den Vereinigten Niederlanden waren Kriege nie völlig ausgeschlossen, sollten aber durch gemeinsame oder übergeordnete

te Institutionen möglichst vermieden werden. Daß die USA eine straffere Organisation erhalten sollen, ist eine Lehre aus einer Schwäche dieser historischen Föderationen: sie waren immer stark anfällig für korrupte Einflüsse auswärtiger Mächte auf den Entscheidungsprozeß.

Nr. 24-29 (Hamilton) Amerika ist durch den Ozean nicht vor Kriegen mit den europäischen Mächten geschützt, zumal Briten und Spanier Nachbarn auf dem Kontinent sind; als Handelsnation brauchen die USA zudem eine Flotte. Diese Sicherung muß Angelegenheit einer Union sein; wenn die Regierungen der Staaten eigene Truppe haben, besteht die Gefahr, daß Machthunger zu Kriegen führt. Aus diesem Grund scheidet auch eine Mehrzahl von regionalen Föderationen aus. Vor allem aber ist Hamilton damit beschäftigt, die stehende Truppe gegen Milizkonzepte zu rechtfertigen. Die Angst vor der Armee kommt aus englischen Erfahrungen, in USA ist die Priorität der Legislative unbestritten. Als Gegengewicht gegen die professionelle Armee begrüßt er aber eine gut geschulte Bürgertruppe. Vgl. 46 (Madison): Im Falle eines Konflikts zwischen Union und Ländern bleibt die Unionsarmee immer der vereinten Kraft des Volkes unterlegen (in Europa haben die Regierungen deshalb Angst, das Volk zu bewaffnen).

Nr. 41 (Madison) Sicherheit ist Aufgabe jeder Regierung, also auch dieser Republik. Nur wenn es einer Regierung gelänge, den Ehrgeiz der anderen Nationen zu begrenzen, könnte auf Rüstung im Frieden verzichtet werden. Andererseits ist eine Berufsarmee in der Tat gefährlich. Es ist eine Frage der politischen Klugheit, diese beiden gegensätzlichen Anforderungen zu verbinden. Ein vereintes Amerika ist jedenfalls erste Voraussetzung der Abschreckung.

Nr. 43 (Madison) Ein Hinweis auf den Ewigen Frieden: Die Föderation verhindert Bürgerkriege, weil sich Parteien in den Staaten rechtfertigen müssen vor einem Bund, der selber nicht Partei ist – das ist allen freien Staaten zu wünschen.

### **Madison, James**

#### **Universal Peace (1792)**

**Neudruck in: The Writings of James Madison. – New York : Putnam, Bd. VI. – 1906. – S. 88-91**

Es gibt Kriege, die aus dem Willen der Regierungen kommen, und Kriege, die aus dem „will of the society itself“ kommen. Kriege der ersten Art können dadurch beseitigt werden, daß die Regierung so reformiert wird, daß sie in Übereinstimmung mit dem Willen der Gesellschaft gebracht wird. Kriege der zweiten Art sind schwerer zu verhindern, aber es gibt Gegenmittel: Die Subjektivität des Willens der Gesellschaft muß der Vernunft der Gesellschaft unterstellt werden. Konkret empfiehlt Madison, daß die Kriegsfinanzierung nicht auf spätere Generationen abgeschoben werden darf. Projekte internationaler Organisation des Friedens (wie damals üblich versteht er Rousseau so) machen den Herzen ihrer Autoren Ehre, nicht aber ihren Köpfen.

## Literatur

### Deudney, Daniel

**Publius before Kant : Federal-Republican Security and Democratic Peace, in: European Journal of International Relations 10 (2004) 315-356**

**Eine Bearbeitung dieses Aufsatzes in: Daniel Deudney, Bounding Power : Republican Security Theory from the Polis to the Global Village. – Princeton (u.a.) : Princeton Univ. Pr., 2007. – S. 160-189 The Philadelphian System**

Ein chaotisch geschriebener Aufsatz, der lange nicht zum Thema kommt und es bald wieder verliert, aber die Botschaft ist klar: Die Autoren der *Federalist Papers* haben die Geschichte der Republiken und Föderationen studiert und ihnen fehlt jede Erwartung eines föderalen oder republikanischen Friedens. Sie gehen von fragility, rarity, vulnerability der Republiken aus, während Kant nicht einmal erkennen läßt, daß er Probleme der republikanischen Regierungsform sieht. Kant ist nach Maßstäben der Aufklärungsdiskussion viel utopischer, als zur Zeit zugegeben wird, er hat keinen der Zentralpunkte der Diskussionen seit Montesquieu begriffen; es ist gar zu deutlich, daß Kant kein Theoretiker der Politik ist, er zeigt keinerlei Kenntnis der antiken oder modernen politischen Literatur oder der antiken und modernen politischen Entwicklung.

## 7.2 Frankreich

Der französische Beitrag, die Vorstellung einer ganz eigenen republikanischen Außenpolitik, ist weniger in theoretischen Schriften zu finden, als in den Debatten der Revolution. Vergleiche die neueste und umfassendste Darstellung:

Marc Belissa, *Fraternité universelle et intérêt national (1713-1795) : les cosmopolitiques du droit des gens*. – Paris 1998; ders., *Repenser l'ordre européen (1795-1802) : de la société des rois aux droits des nations*. – Paris 2006.

Aus den früheren Überblicken über die Debatten lohnen sich wegen eigenen Gesichtspunkten noch zum Vergleich mit Belissa: Roman Schnur, *Weltfriedensidee und Weltbürgerkrieg 1791/92*, in: *Der Staat* 2 (1963) 297-317, Neudruck in Roman Schnur, *Revolution und Weltbürgerkrieg : Studien zur Ouverture nach 1789*. – Berlin 1983. – S. 11-32 (versucht Carl Schmitts Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff in den Debatten der Revolution zu finden); Wolfgang Martens, *Völkerrechtsvorstellungen der Französischen Revolution in den Jahren von 1789 bis 1793*, in: *Der Staat* 3 (1964) 295.

Vergleiche zu Erfindung des Revolutionskrieges und Erfindung der Kriegernation: Wolfgang Kruse, *Die Erfindung des modernen Militarismus : Krieg, Militär und bürgerliche Gesellschaft im politischen Diskurs der Französischen Revolution 1789-1799*. – München 2003

Jörn Leonhard, *Bellizismus und Nation : Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750-1914*. – München 2008. – S. 111-181.